

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Befellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8, Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5, Rue Brulée; Paris, 2, Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das zweite Quartal 1866 auf den vom 1. April an wöchentlich dreimal erscheinenden „Social-Demokrat“ bitten wir ausserhalb bei den Postämtern, in Berlin bei den bekannten Zeitungsverlegern bei Zeiten zu machen. Der **Abonnements-Preis** ist vom 1. April an für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr.; bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.)

In solcher Lage ist unsere Regierung dafür verantwortlich, daß Preußen nicht überrascht werde; sie ist verantwortlich, daß die österreicherischen Rüstungen keinen Zeitvorsprung gewinnen, damit nicht, wie im Jahre 1850 Oesterreich plötzlich gerüstet daselbst, während man diesseits an eine solche Eventualität nicht dachte. Allerdings wird dadurch, daß Rüstung an Rüstung sich knüpft, die Situation immer verwickelter und bedenklicher. Die Schwere der Verantwortung trifft aber, wir wiederholen es, denjenigen, welcher mit militärischen Drohungen begonnen hat.

Natürlich behauptet jeder, der andere sei der erste gewesen. Die beiderseitigen Officiösen werden es sich doch hoffentlich notirt haben.

Possirlich wie eine Offenbach'sche Romanze aus dem Orpheus oder aus der Helena klingen die Nachrichten, die man von Wien her vernimmt. Die neueste vor uns liegende Wiener „Presse“ berichtet d. d. 18. März aus Wien:

Die Börse ist doch recht herzlich! Man verbreitete heute das Gerücht, daß Graf Bismarck sich entlicke habe, und, statt erschüttert zusammenzusinken, saßen unsere Börsenleute neuen Muth, und ließen die Course steigen in der freudigen Hoffnung, daß nunmehr alle Kriegsgesahr beseitigt sei. Raum war jedoch die Nachricht von dem Tode des großen Mannes escomptirt, als auch schon die hinterden Voten eintrafen. Die Nachricht war nichts als ein unendlich plumpe, nur den erregbaren Vörsen-gemüthern gegenüber mögliches Manöver; Graf Bismarck lebt; er sinnt wohl „Eisen und Blut“, denkt dabei jedoch sicherlich nicht an Gewaltanwendung gegen sich selbst. Bismarck conferirte heute wieder mit dem Könige, dem Kriegsminister und Herrn v. Zedlitz, und die Situation ist die alte geblieben.

Die Stunde der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden, so meint die „Presse“, scheinete nahe zu sein; „denn“, fährt sie fort,

von mehreren Seiten wird heute gemeldet, daß man hier für die nächsten Tage eine preussische Depesche erwartet, welche ein „Ultimatum“ enthalten soll. Wir möchten es allerdings nicht als bestimmt hinnehmen, daß Preußen, falls es wirklich zur Action geneigt sein sollte, den Faden der Verhandlungen erstlich noch weiterspinnen werde. Wir würden für diesen Fall eher einen preussischen Handstreich auf Holstein erwarten, und werden darin durch ein Schreiben unseres Berliner Correspondenten bekräftigt, welches wir weiter unten folgen lassen. Die Hoffnung auf ein Arrangement mit Oesterreich im Compensations-Bege scheint in Berlin für den Augenblick gänzlich geschwunden zu sein, und die „N. Z.“ schreibt sich wohl fruchtlos heiser, wenn sie — über die Gefahren, von denen Preußen bedroht ist, verständiger denkend als die Herren in Berlin — den übermüthigen Geist des Neupreussenthums beklagt und abermals der Abtretung eines Theils von Schlessen an Oesterreich eifrig das Wort redet. Die arme „Kölnerin!“ So isolirt zu sein mit ihrem Geschäftsgeiste. — Uns wird telegraphirt, daß die Preußen ihre Etappenstrassen im Norden militärisch besetzen, und dem „N. C.“ wird aus Schleswig gemeldet, daß die preussischen Truppen in Schleswig in jüngerer Zeit gewissermaßen auf den Feldfuß gestellt worden sind und größere Munitions-Portionen und Feldgeschir erbalten haben, ganz so, wie es im Kriege üblich ist.

Obwohl man es noch immer für möglich hält, daß man bloßen Demonstrationen, Einschüchterungs-Versuchen

Preußens gegenübersteht, sieht man hier dennoch allen Eventualitäten, wie es scheint, fest und entschlossen entgegen. Erst heute wird noch in einem offiziellen Blatte erklärt, Oesterreich werde erforderlichenfalls seinem Verlangen nachdruck zu wissen geben, daß bei Geltendmachung des Anspruchs auf Schleswig-Holstein Niemand die gesetzlichen Grenzen überschreite und Niemand Oesterreichs eigenen rechtlichen Besitz antaste und löse. — Was über Rüstungen Oesterreichs hier und in auswärtigen Blättern verlautet, wollen wir nicht registriren. Es ist wohl nicht richtig, daß, wie der „A. Z.“ geschrieben wird, die Wiener Blätter diesfalls auf den §. 9 der Presnovelle, welcher solchen Mittheilungen staatsgefährlich wären, da nach dem heutigen Stande der Communicationen und des Kundschafterwesens die Regierungen über die Operationen ihrer Gegner recht gut unterrichtet zu sein pflegen, ohne daß die Publicistik erst zu interveniren brauchte. Auch ist die preussische Regierung nicht auf die Lectüre österreicherischer Blätter beschränkt, und fände Andeutungen genug in Briefen hiesiger dienstfertiger Correspondenten nord- und mitteldeutscher Blätter. Allein wir wollen umsoweniger die Beunruhigung der Gemüther vermehren, da, wie schon bemerkt, noch immer die Möglichkeit naheliegt, daß Preußen ein bloßes Spiel mit Demonstrationen treibt und, falls diese fruchtlos bleiben, den Rückzug antritt.

Wir müssen diese Meinung theilen und halten noch immer einen Krieg für unmöglich, weil wir nicht glauben können, daß man den Muth haben sollte, ein solches Wagnestückchen zu probiren, das doch geeignet sein dürfte, dem blinden deutschen Michel endlich die Augen zu öffnen.

[Zum Bundesreform-Projekt] soll Bayern, laut Telegramm, als Gegencoup gegen Preußen, eine Conferenz der Mittelstaaten über eine Bundesreform angeregt haben.

[Das ministerielle „Dresdener Journal“] giebt verschiedenen, in den letzten Tagen im Umlauf gesetzten Zeitungsnachrichten von Erklärungen Preußens in Bezug auf die Neutralität Sachsens, von Siftirung einer angeordnet gewesenen Mobilmachung der sächsischen Armees, sowie von Bemerkungen, welche Graf Bismarck dem sächsischen Gesandten in Berlin bezüglich der Haltung der sächsischen Presse gemacht haben soll, ein formelles Dementi.

[Zur Charakteristik des preussischen Bourgeois-Abgeordnetenhauses] finden wir in der neuesten Nummer des Mannheimer „Deutsch-Bochenbl.“, des Organs desjenigen Theiles der radicalen bürgerlichen Demokratie, welcher sich den Namen einer „deutschen Volkspartei“ beigelegt hat, einen weiteren schätzenswerthen Beitrag in einem Bericht über eine im Leipziger Arbeiter-Bildungsverein stattgehabte Versammlung. Es heißt da:

Nach einer kurzen und possenden Ansprache des Vorsitzenden, Dr. Bebel, las Prof. Köhlmayer noch einen, von ihm geschriebenen, aber aus verschiedenen Gründen nicht zum Druck gelangten (?) Zeitungsartikel über die jüngsten Vorgänge in Preußen vor, in welchem ausgeführt ist, daß das Abgeordnetenhaus die

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 20. März. [Zum Habsburg-Hohenzollern'schen Kriegliesederspiel,] an dessen Aufführung von beiden Seiten mit einem Eifer gearbeitet wird, der einer besseren Sache würdig wäre, läßt heute die „eminente conservative“ Kreuzzeitung die Kriegesfanfare und dazwischen wieder die Friedensschalmei erklingen in zwei Artikeln, von denen der eine „Die deutsche Frage“ und der andere „Zur holsteinischen u. Frage“ überschrieben ist. Die friedliche Melodie ist eine Variation über das Thema „Bundesreform“, die kriegerische Weise behandelt die Rüstungen Oesterreichs und empfiehlt der preussischen Regierung Gegenrüstungen. Der erstgenannte Artikel bringt uns die interessante Enthüllung, daß Preußen dahin gekommen sei, gegen die Schleswig-Holsteiner, welche keine Preußen werden wollen, mit einem — Deutschen Parlament in's Feld rücken zu wollen. Ein solches Parlament hätte, so meint die „Kreuzztg.“, vor Allem eine Deutsche Verfassung zu beraten, für die ihm ein von den Regierungen (!) vereinbarter Entwurf vorzulegen sei, in welchem alle unnützen Beschränkungen der Regierungsrechte der Bundesstaaten vermieden sein müßten. Die friedliche Hymne schließt mit den Worten:

Wir haben oftmals nachgewiesen, daß die Herzogthümer für die militärischen und maritimen Interessen Preußens, sowie Deutschlands von weittragender Bedeutung sind. Preußen kann auf die Geltendmachung derselben daher nicht verzichten; es kann die Entscheidung über eine Frage, welche die Fundamente seines Staatslebens berührt, nicht von der Gefälligkeit der Bewohner der Herzogthümer abhängig machen. Dieselben haben bisher keine staatliche Existenz gehabt; sie waren Bestandtheile eines fremden Reiches. Dem unter ihnen aufgetretenen Präsidenten kann Preußen keine Rechtsansprüche zugestehen. Was bleibt unter solchen Umständen zur Vermeidung einer Friedensstörung übrig, als die Appellation an die deutsche Gesamtheit, gebildet von der Regierung und der betreffenden deutschen Volksvertretung.

Im zweiten Artikel, dem geharnischten, heißt es am Schlusse:

Orga
geurthe
blatt“
Leip
dem Ar
empört
der „Be
Organs
(Apropo
richtige
findet, u
schluß d
Stimme
und mit
stadt u
Festun
Schütter
Abshnel
man erh
aufzubie
Beiscluf
wenn es
Angreife
wasser-
nun soll
sammlun
Der bra
Vorhan
ihn kurz
ein paar
durch E
fortschri
und in
geisterun
zu ente
antrag
Volke“;
hören, i
habe, so
Liebku
des edle
Bismar
tapfer
Schleom
recht ve
kratische
leumdet,
gen die
— wie
Bonap
und Fr
zum Off
noch vo
briefen,
Sünden
die Hal
— Bei
mann e
zebu S
150 M
Verusse
Ja
—
wahren
„Der“
Cigari
einmal
F. W.
Frey
daction
worte:
De
Fortich
geben i
Zweck
Wohlei
liches
Weihn
tage di
schen I
sahen,
die Gr
zu die
Vorber
Di
nachge
numm
keit vo
De
buchh
erwäch
Vom I
dem I
mit S
fortsch

Ehre des Volks nicht gewahrt habe. Anknüpfend an eine Aeußerung Rogmählers, der bedauert hatte, mit seiner Ansicht über die Pflichten der preussischen Volksvertretung vereinzelt (?) dazustehen, ergriff Herr Liebnicht das Wort und wies nach, wie man sich durch die Lobfahnen der Presse für das preussische Abgeordnetenhaus nicht beirren lassen dürfe, da die liberale Presse, mit sehr wenigen Ausnahmen, der fortschrittlichen Bourgeoisie gehöre, so daß das Lob, welches der Fortschrittspartei jetzt in fast allen Zeitungen gesendet wird, nichts anderes sei, als Selbstlob, Eigenlob, das sprichwörtlich nicht viel lange. Das preussische Volk sei in der Presse eben so wenig vertreten, wie in der Kammer, die Kraft des herrschenden Wahlsystems bloß der Ausdruck der bestehenden Minorität sei und sein könne. Redner verweilte ferner bei der traurigen Thatsache, daß die Presse heutzutage wesentlich Geldspekulation ist, und daß das Kapital durchschnittlich bei der Ausbeutung der menschlichen Vortrefflichkeit besser seine Rechnung findet, als bei Bekämpfung des Irrthums.

Ehre den Männern, die, unbekümmert um etwaige Verdächtigungen, an denen man es auch bekanntlich nicht fehlen läßt, unaufhörlich dem Volke die Wahrheit verkündigen! Der endliche Sieg wird nicht ausbleiben.

[Graf Bismarck] soll, wie an verschiedenen Zeitungen von hier telegraphirt wird, eine umfassende Denkschrift über die Situation, Zielpunkte und die Aussichten der Regierung nach Innen und Außen dem Könige vorgelegt haben, welche von demselben in den Grundzügen acceptirt worden sein soll.

[Den Redacteur May betreffend], respective dessen Auslieferung von Seiten Oesterreichs, äußert sich die „Wiener Abendpost“: „Es handelt sich darum, festzustellen, ob die Voraussetzungen der bundesmäßigen Verpflichtung eingetreffen sind. Ist dies der Fall, so wird natürlich die österreichische Regierung nicht einen Augenblick anstehen, dieser Verpflichtung zu genügen.“

[Preussische Preß-Schicksale.] Confiscirt wurde die Sonntagsnummer der „Börse“, Gründe unbekannt. — Von Königsberger Verurtheilungen liegen heute vier vor. In der Sitzung des Criminalsenats des Tribunals (Reder, Förster, Weiß, Nilschmann und Krause) wurden am 17. verhandelt: zwei Preßproseß gegen v. Hakenkamp; es wurden in beiden die Urtheile erster Instanz bestätigt, durch welche H. wegen Beleidigung des Bürgermeisters Wigand zu 4 Wochen und wegen Schmähung der Justizverwaltung zu 6 Wochen Gefängniß ertheilt worden war. Der dritte Prozeß wurde gegen den Redacteur des „Neuen Elbinger Anzeigers“, Jachmann, verhandelt. J. war in erster Instanz wegen Beleidigung des Staatsministeriums zu 14 tägigem Gefängniß verurtheilt, aber in zweiter Instanz von dem Appellationsgericht Marienwerder freigesprochen worden. — Auf die von der Oberstaatsanwaltschaft bei dem Obergericht eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde das Erkenntnis zweiter Instanz vernichtet und die Sache zum neuen Entschieden vor das Dispreussische Tribunal verwiesen. Dasselbe erkannte gegen Jachmann auf eine Gefängnißstrafe von 6 Wochen. Der vierte Prozeß war gegen den Gutsbesitzer Deutsch als Verfasser eines Artikels in dem „Neuen Elbinger Anzeiger“ und den Redacteur Jachmann. Die Anklage lautete auf Verleumdung des verstorbenen Cardinals Geyssel. Das Gericht erster Instanz, das Kreisgericht Elbing, hatte auf Freisprechung erkannt. Die Appellation des Staatsanwaltes wurde von dem Appellationsgericht Marienwerder verworfen und das freisprechende Erkenntnis bestätigt. Das Obergericht dagegen vernichtete auf Grund der von der Oberstaatsanwaltschaft eingeleiteten Nichtigkeitsbeschwerde die freisprechenden Erkenntnisse und verwies die Sache zur weiteren Entscheidung an das Dispreussische Tribunal und dieses erkannte nun gegen jeden der beiden Angeklagten auf eine Geldbuße von 30 Thlr. event. 14 tägigem Gefängniß. — Aus Gumbinnen berichtet man: Die Verleger des „Bürger- und Bauernfreundes“ hatten bekanntlich einen Separatdruck des Artikels aus Nr. 7. ihres Blattes veranstaltet, der über die Kammerverhandlungen am 9. und 10. Februar c. den bekannten Obergerichtsbefehl betreffend, berichtete. Dieser Separatdruck wurde am 16. Abends nachträglich ohne Angabe der Gründe confiscirt. Wie das Blatt hört, ist diese Confiscation auf Requisition der Regierung und des Staatsanwaltes erfolgt. Die Nummer 7 selbst war gleich nach der Ausgabe, aber wegen eines anderen Artikels, confiscirt worden. — Gleichzeitig wurde auf Requisition der Königsberger Staatsanwaltschaft bei dem Gutsbesitzer Hensel-Gr. Barben eine Haussuchung vorgenommen, die sich angeblich auf die von demselben bewirkte Verlesung einer Anzahl Exemplare dieser Nr. 7. bezog; die Haussuchung erstreckte sich auf sämtliche Papiere des Herrn

Hensel, es wurden indessen nur die Duitungen der Exped. des „Bürger- und Bauernfreundes“ einige zurückgebliebene Exemplare des genannten Blattes und ein darauf bezüglicher Privatbrief confiscirt. Die eigentlich zuständige Behörde, das Königsberger Landratsamt, soll angeblich die Ausführung aus Mangel an Beamten abgelehnt haben. — Der Herausgeber und Redacteur des „Schulblatt“, Eduard Sack, hat am Montag, den 12. d., seine erste Strafbestrafung in dem Königsberger Inquisitionsgelängniß angetreten. Er verblüht zuerst die 14 Tage Gefängniß für die bekannte Anleihe im „Wandere“ pro 1865. — Aus Guben berichtet der „Fortschritt“: Am 14. wurden drei Anklagen gegen den Redacteur d. Bl. verhandelt. Der Gerichtshof, bestehend aus den Herren Gerichtsrath von Busse, als Vorsitzenden, Kreisrichter v. Trebra und Assessor Kraus, verurtheilte in zwei Fällen, und zwar wegen Religionsverpöschung zu 6 Wochen Gefängniß, wegen unbefugten Gewerbebetriebes zu 200 Thlr.; im dritten Falle wurde er von der Anklage wegen Beleidigung der hiesigen Polizeiverwaltung freigesprochen. — Das Brieger „Oberblatt“ sollte durch eine Bemerkung über die Käuflichkeit der für das jetzige Ministerium schreibenden Zeitungsschriftsteller das Ministerium selbst beleidigt haben. Weder das Kreisgericht zu Briesa, noch das Appellationsgericht zu Breslau ist dieser Ansicht des Staatsanwaltes beigetreten, und so ist die confiscirte Nummer freigegeben worden.

* **Wien, 17. März.** [Kriegs-Sturmwoegel.] Der „Augsb. Allg. Zig.“ schreibt man von hier: Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß man sich über den Ernst des Augenblicks keiner Täuschung hingiebt, so würde derselbe durch die, mit Hinweis auf §. 9 der Preßnovelle, bereits vertraulich an die Zeitungen ergangene Weisung gegeben sein, sich aller und jeder Mittheilungen über Truppenbewegungen, Truppenstärke etc. zu enthalten. Urlaube, füge ich hinzu, werden selbst auf kürzeste Zeit in der Armee nicht mehr ertheilt. Das gleiche Blatt enthält noch folgende Correspondenzen:

Wien, 16. März. Seit dem ersten Ausbruch der Kriegsbefürchtungen hat hier keine so allarmirte Stimmung geherrscht, wie heute. Niemand wollte bis jetzt ernstlich an einen Krieg glauben. Seit gestern hat sich die Scene gänzlich verändert. Daß nun auch österreichische Rüstungen stattfinden, wie sich diese, angesichts der immer drohenden Stellung, welche Preußen einnimmt, eigentlich von selbst verstehen, ist für Niemanden ein Geheimniß. Wie traurig die Thatsache auch an und für sich ist, daß wir, wenn es nicht etwa irgend einem Friedensstifter noch in letzter Stunde gelingt, den Streit vorzulegen, einem Bruderkrieg entgegengehen, so richtet uns doch die Einmüthigkeit auf, mit welcher alle Schichten der Bevölkerung für Oesterreichs Ehre einzustehen entschlossen sind. Die Westmächte machen noch Versuche der Vermittlung, und die Vertreter derselben lassen es in Berlin nicht an Mahnungen fehlen, die namentlich seitens Englands sehr energisch sind.

Von der böhmischen Grenze, 16. März. Die Truppenconcentrationen haben ihren Anfang genommen. Schon in den nächsten Tagen werden mehrere Truppenkörper aus den südböhmischen Provinzen erwartet. Die in Galizien stehenden Regimenter haben den Befehl erhalten, sich marschbereit zu halten. Die Jägerbataillone sind auf den Kriegszug gestellt. Die Auslieferungen von Pferdelieferungen werden in den nächsten Tagen erfolgen. Es sind 40,000 Pferde erforderlich. General Cam-Gals erhält den Oberbefehl über die hiesigen Corps. Sobald die Armee aber aufgestellt wird, übernimmt Feldzeugmeister Benedek den Oberbefehl.

Salzburg, 16. März. Die vier garnisonirten Division des Radegly-Husarenregiments hat heute Nacht auf telegraphischem Wege Befehl erhalten, sich marschbereit zu machen. Wie ich vernehme, ist ein gleicher Befehl auch den übrigen in Wels, Lambach, Linz und Enns stationirten Abtheilungen des genannten Husarenregiments zugegangen, und es wird von gut unterrichteter Seite die Ansicht ausgesprochen, daß diese Truppe bestimmt ist, ein im nördlichen Theil des Reichs gelegenes österreichisches Corps zu verstärken.

Auch aus Sachsen sind Nachrichten über militairische Vorkehrungen eingetroffen. Die Festung Königstein soll wieder einmal armirt werden. (Man vergleiche damit die neuesten Dementirungen des „Dresd. Jour.“)

* **Bremen.** [Der „hochweise“ Senat und die Bürgerrechts-Gebühren.] In Folge eines Beschlusses vom 1. Januar 1863 waren die Bürgerrechts-Gebühren für die „kleineren“ Bürger, welche vorzugsweise der Arbeiter- und Handwerkerklasse angehören, nicht nur nicht herabgesetzt, sondern sogar erhöht worden, obgleich Freunde der Freizügigkeit dringend vor einem solchen Schritte warnten. Vergebens; im hochweisen Senat erklärten Mitglieder desselben ein solches statistisches Bedenken für Humburg und sahen im Geiste schon,

nach Verwirklichung einer solchen Reform, Schaa-ren von Vagabonden und Proletariern nach Bremen wandern und den „soliden Erbgeldessen“ verdrängen. Die Folgen dieser volkfreundlichen Haltung sind dem auch nicht ausgeblieben. Während 1864 noch 916 Bürgerzettel ausgegeben wurden, sank die Zahl im Jahre 1865 auf 774. Die Bürgergeld-Einnahme, welche im Jahre 1863 67,076 Thaler betragen hatte, sank 1864 auf 61,242 Thlr., und im letzten Jahre auf 56,009 Thlr., so daß dieser Posten schon um 990 Thlr. unter dem Anschlage blieb. Die Nachtheile, welche jene Stadt zur Bertheuerung des Bürgergeldes und durch Verengerung des Zuflusses an Menschen und Arbeitskräften erlitten hat, sind bedeutend und die Nachfrage nach letzteren nimmt stetig zu, weil die Auswanderung aus Deutschland größere Verhältnisse annimmt oder viele in diesem Punkte liberalere Städte dieselbe an sich ziehen.

Ausland.

Paris, 18. März. [Baron Budberg's Spanische und ägyptische Anleihe. Unterdrückung einer Zeitung.] Wie der „Moniteur“ meldet, hat der Kaiser gestern den russischen Botschafter Baron v. Budberg in Privataudienz empfangen. — Während die Unterhandlungen zwischen Spanien und Rothschild in Betreff der 80-Millionen-Anleihe an der Beigerung des Madrider Cabinets gescheitert sind, zugleich die passive Schuldfrage zu regeln, verlautet, daß der ägyptischen Regierung die Ermächtigung ertheilt worden sei, an der Pariser Börse ein Anlehen von 40 Millionen zu emittiren, dem natürlich die übliche Leistung gewinnreicher Ziehungen nicht fehlen darf. — „La Foi Catholique“, ein kirchliches Journal, ist durch einen Beschluß des Cour Imperiale von Paris unterdrückt worden, weil dasselbe angeblich socialpolitische und national-ökonomische Fragen behandelt habe, ohne dazu autorisirt zu sein.

— 19. März. [Donaufürstenthümer-Conferenz. Gesetzgebender Körper. Prinz Napoleon.] Die Konferenz für die Donaufürstenthümer trat heute um 1 1/2 Uhr Nachmittags zusammen. Ein Artikel des „Constitutionnel“, gezeichnet „Paulin Limayrac“ über die Pariser Conferenz, vertritt die Nothwendigkeit, die von der Bevölkerung stets verlangte Vereinigung der beiden Donaufürstenthümer anrechtzuhalten. Die Conferenz werde die vollendeten Thatsachen durch definitive Errichtung der moldau-walachischen Union ratificiren und so ein, die gewichtige Frage des europäischen Gleichgewichtes berührendes Programm vereinfachen. — Im gesetzgebenden Körper hielt heute der Staatsminister Rouher eine längere Rede zur Vertheidigung der Regierung. Er legte den Mechanismus der Verfassung von 1852 und die in ihr gewährten Garantien auseinander, verglich diese Organisation mit dem parlamentarischen Regime und die Principien von 1789 mit den gegenwärtigen Freiheiten, und charakterisirte schließlich die allgemeine Haltung der Regierung in Bezug auf die inneren Landes-Angelegenheiten. Am Schluß seiner Rede forderte Rouher die Unterzeichner der Amendements zur Vereinigung mit der Majorität der Versammlung auf. Auch die Regierung wolle unter der Fahne des Liberalismus vorgehen, aber ohne sich der Gefahr auszusetzen, daß von Neuem Aufbegehungen vorkämen. Nachdem Ollivier dem Minister geantwortet hatte, wurde das Amendement der Sechshundvierzig mit 206 gegen 68 Stimmen verworfen. — Prinz Napoleon traf im Laufe des Tages in der Hauptstadt ein, so meldet der Telegraph.

London, 17. März. [Die Conservativen und die Reformbill.] Beim Marquis of Salisbury, schreibt man der „Abein. Zig.“, fand vorgestern eine sehr zahlreiche Versammlung der Conservativen statt. In Abwesenheit Lord Derby's, den ein kleiner Gichtanfall an's Lager fesselt, hielt Mr. Disraeli an das Meeting eine Ansprache, die — wie der „Herald“ versichert — mit Enthusiasmus aufgenommen wurde. Die Anwesenden beschlossen einstimmig, die ministerielle Reformbill in jedem Stadium hartnäckig zu bekämpfen. Das Amendement zur zweiten Lesung wird die Form einer Resolution tragen, dahin lautend, daß keine